der zweiten Beratung der Flottennovelle fort. Die Sitzung hatte ein überraschendes Schicksal: sie flog durch den Antrag der freisinnigen Volkspartei auf namentliche Abstimmung auf, da sich die Anwesenheit von nur 168 Abgeordneten herausstellte!! Die Debatte hat ganz unzweifelhaft ergeben, daß der Antrag Ablaß auf Deckung der Mehrkosten der Flottennovelle durch eine Reichsvermögenssteuer keine Aussicht auf Annahme hat und daß andererseits die Novelle selbst in Sicherheit ist. Von den Konservativen und Freikonservativen über die Wirtschaftliche Vereinigung und das Zentrum bis zu den Nationalliberalen und Freisinnigen wurden flottenfreundliche Erklärungen abgegeben, die sich nur in der Wärme des Tones voneinander unterschieden. Selbst die freisinnige Volkspartei gab prinzipiell ihre Zustimmung, um freilich durch ihren Sonderantrag, der die Arbeiten der Steuerkommission durchquert, sich schleunigst in praxi wieder auf das vertraute Gebiet der Negation zu begeben. Vor der Krisis hielt Abg. v. Oldenburg-Januschau noch eine für einen Bündler merkwürdige Rede. Er sprach sich in eine Art Flottenparoxismus hinein und hoffte, auf dem Berliner Siegesplatze noch einmal ein Denkmal mit Schiffsschnäbeln erstehen zu sehen. Man sieht die Wirkung der Handelsverträge auf den Patriotismus des Bundes, denn das Wort von der gräßlichen Flotte ist doch noch gar nicht so alt. Als nun zur Abstimmung über den Antrag Ablaß geschritten werden sollte, brachte Abg. Müller-Sagan seinen Antrag auf namentliche Abstimmung ein. Die Unterstützung von 50 Stimmen wurde prompt durch das Wohlwollen der Sozialdemokratie geliefert und damit war die Sitzung erledigt. Es waren 168 Abgeordnete anwesend, davon stimmten 63 für den freisinnigen Antrag, 95 dagegen und 5 enthielten sich der Abstimmung; da zur Beschlußfähigkeit 199 gehören, mußte die Sitzung vertagt werden. Es fielen harte Worte wegen dieses Vorgehens der Freisinnigen und der Präsident verkündete dieses Resultat mit verhaltenem Zorn.

* * *

In dritter Beratung wird die Vorlage wegen der Uebernahme der **Reichsgarantie für die Kamerunreisenbahn** von Duala nach Manemguba ohne Debatte unverändert endgültig angenommen.

Das Haus setzt dann die zweite Lesung der **Novelle zum Flottengesetz** fort. Zugleich wird der Antrag Ablaß und Genossen beraten: **Einführung einer Reichsvermögenssteuer** zur Deckung der Kosten für die neuen sechs Auslandskreuzer.

Spahn (Zentr.): Ich glaube mich auf die Erklärung beschränken zu können, daß wir vorbehaltlich der Regelung der Deckungsfrage der Vorlage zustimmen. Gegen eine Agitation, die sich nur auf Tatsachen stützt, würden wir nicht das Geringste einzuwenden haben, aber wenn die Herren vom Flottenverein dazu übergehen, unsere Flotte als minderwertig darzustellen und zwar in einer Weise, die selbst das Ausland stutzig machen muß, so können wir nur unsere tiefste Mißbilligung darüber aussprechen. Daß die Notwendigkeit einer Flottenvermehrung gegeben ist, kann nicht bestritten werden. (Beifall im Zentrum.)

v. Richthofen (kons.): Wenn der Deutsche Flottenverein in seiner Agitation vielleicht etwas zu weit gegangen ist, so wollen wir ihm das nachsehen; er hat Gutes geschaffen. (Beifall rechts.)

Müller-Sagan (fr. Vp.): Wir stimmen der Vermehrung der Auslandsschiffe an sich zu und sind bereit, die Mittel im Rahmen des Etats zu bewilligen; wir sind aber gegen jede Bindung. Neue Lasten dürfen nicht durch indirekte Steuern den breiten Schichten des Volkes auferlegt werden; darum schlagen wir eine Reichsvermögenssteuer vor. (Beifall links.)

Graf Arnim (Rp.): Erfreulicherweise ist diesmal die Vorlage ohne die sonst gewohnten Abstriche angenommen worden. Das haben wir einmal der Stimmung im Lande zu danken, die sich ganz gewaltig zugunsten der Flottenvermehrung gewendet hat. Andererseits handelt es sich um die Einlösung eines bereits im Jahre 1900 präsentierten Wechsels. Die Erfahrungen der letzten Seekämpfe sind in der Debatte noch gar nicht genügend gewürdigt worden. Sämtliche Staaten haben ihre Marine nach diesen Erfahrungen einer Revision unterziehen müssen. Demgegenüber bauen wir etwas langsam und gehen auch etwas langsam mit der Erneuerung der Schiffe vor. Wir nehmen die Vorlage an, bedauern aber, daß nicht mehr gefordert ist. Der Flottenverein vergißt ja oft, daß er nicht Gesetze machen kann, sondern nur technische Ziele ins Auge fassen soll; aber trotzdem hat er Großes gewirkt. Für niemand kann und soll unsere Flotte eine Herausforderung sein. Wir haben unsere Friedensliebe 35 Jahre bewährt. Aber die Weltuhr steht nicht still, wir müssen gerüstet im Völkerchor Europas sein! (Beifall rechts.)

Müller-Meiningen (fr. Vp.): Wir hoffen, daß die Annahme unseres Antrages die Annahme der Flottenvorlage wesentlich fördern wird. Nur die leistungsfähigen Schultern sollen die Steigerung der Seekräfte tragen. Diejenigen, die immerfort das Wort „National" als Schlagwort im Munde führen und ausspielen, die heben sich gegen eine Reichsvermögenssteuer aufs entschiedenste immer wieder erklärt. Nach unserem Antrage würden 180 000 Zensiten getroffen werden; der aufkommende Ertrag läßt sich auf 40 Millionen schätzen; da kann man doch nicht davon reden, daß die großen Vermögen ins Ausland getrieben werden oder die Bauern an den Bettelstab kommen. Wir müssen verlangen, daß die besitzenden Klassen, die an der Flottenvermehrung interessiert sind, auch die Opfer bringen; daß diese Herren nicht bloß agitieren, sondern auch ihr eigenes Scherflein auf den Altar des Vaterlandes niederlegen. (Beifall links.)

Staatssekretär Freih. **v. Stengel** erklärt, von dem Antrage höchst überrascht worden zu sein. (Lachen links.) Seine Voraussetzungen träfen nicht zu, denn § 6 des Flottengesetzes von 1900 behalte auch für diese Novelle seine Gültigkeit. Ich enthalte mich einer näheren Kritik dieses Vorgehens. (Unruhe links.) Die verbündeten Regierungen aber lehnen jedenfalls die Einführung direkter Reichssteuern rundweg ab. Ich bitte, den Antrag der Volksparteien abzulehnen.

Liebermann v. Sonnenberg (wirtsch. Vg.) erklärt, wir erblicken in dem Antrage der Volksparteien nur eine Rückendeckung für die eventuelle Ablehnung der Flottenvorlage.

Finanzminister **v. Rheinbaben** gibt seinen ernsten Bedenken gegen den freisinnigen Antrag Ausdruck. Ebensowenig wie eine Reichseinkommensteuer sei eine Reichsvermögenssteuer für das Reich durchführbar. Ich warne Sie, noch weiter zu gehen, sonst kommt es vielleicht doch noch einmal dazu, auch die minder bemittelten Klassen zur Einkommensteuer heranzuziehen. Die verbündeten Regierungen haben bereits das Aeußerste getan, indem sie die Erbschaftssteuer für das Reich hergegeben haben.

Bebel (Soz.): Wir werden dem Antrage der Freisinnigen zustimmen. Man vermißt im Volke die Opferwilligkeit der besitzenden Klassen. Bezüglich der Marine wird Deutschland nach seiner ganzen Lage stets in der Defensive bleiben müssen.

v. Oldenburg (kons.): Wenn man Bebel über die ausländischen Verhältnisse sprechen höre, dann könne man nur bedauern, daß er nicht Gelegenheit habe, sich als Reichskanzler zu blamieren. Die Konservativen seien es gewesen, die immer ihre Hand gerührt haben, wenn es galt, die Widerstandsfähigkeit des Volkes zu stärken. Sie wollten, daß eines Tages die Siegesallee noch einmal ein Denkmal mit Schiffsschnäbeln erhalten wird. Möge der Reichstag von 1906 sich seiner Aufgabe gewachsen zeigen.

Nachdem noch **Spahn** die Haltung des Zentrums verteidigt hat, wird die Diskussion geschlossen.

Die Abstimmung über den Antrag Ablaß ist namentlich; es werden im ganzen 163 Stimmen abgegeben: davon 63 für und 95 gegen den Antrag Ablaß bei 5 Stimmenthaltungen.

Das Haus ist also nicht beschlußfähig und die Verhandlung muß abgebrochen werden.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: Wahlprüfungen, Marine- und Militäretat.

* * *

/ **Berlin.** Die Steuerkommission des Reichstages ging gestern zur zweiten Lesung des **Zigarettensteuergesetzes** über. Abg. Dr. Jäger referierte über die Beratungen der Subkommission, die beschlossen hat, bei der Banderolensteuer zu bleiben. Bei der Abstimmung wird der Antrag Müller-Fulda dahingehend, zu § 2, Absatz 1, anstatt 2 M. für 1000 Stück 1,50 M. und anstatt 3 M. für 1000 Stück 2,50 M. zu setzen, mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen.

/ **Berlin.** Die Budgetkommission des Reichstages nahm gestern einen Antrag Hompesch an, wonach die Regierung die sofortige Lösung aller über ein Etatsjahr hinausgehenden Verträge über **Lieferungen für die Schutzgebiete** herbeiführen soll.

Vom Landtag.

zw. Die **Erste Kammer** beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit dem von der Zweiten Kammer abgeänderten **Etat der „Leipziger Zeitung"** und des **„Dresdner Journal"**, wobei besonders die Umgestaltung des letztgenannten Blattes besprochen wurde.

Kammerherr Dr. **v. Frege-Weltzien** auf Altnaundorf hielt das Bestehen der beiden Regierungsorgane im bisherigen Umfange für ganz unerläßlich.

Kammerherr **v. Schönberg** auf Mockritz betonte, die Erfahrung werde die Rückkehr zu dem gegenwärtigen Zustande zeitigen.

Geh. Rat Dr. **Schelcher** hob hervor, daß das „Dresdner Journal" nur unwesentlich beeinträchtigt werde durch die getroffenen Veränderungen und daß man auf eine Steigerung der Abonnentenzahl hoffen könne.

Hierauf bewilligte die Kammer den Etat der „Leipz. Ztg." einstimmig und den Etat des „Dresdn. Journ." gegen 12 Stimmen. Weiter standen auf der Tagesordnung verschiedene von der Zweiten Kammer bereits bewilligte Summen **zur Förderung des Bades Elster.**

Standesherr Dr. **Naumann** auf Königsbrück wünschte, falls das Bad sich für den Staat nicht rentiere, eine Verpachtung desselben.

Geh. Finanzrat a. D. Dr. ing. **Jencke**-Dresden erwiderte, daß sich Bad Elster mit 2,21 Prozent verzinst und daß der Staat das Elsterbad nicht errichtet habe, um ein Geschäft dabei zu machen.

Die Abstimmung ergab die Bewilligung der geforderten Mittel.

Weiter bewilligte das Haus in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer ohne Debatte das die **direkten Steuern** betr. Etatskapitel und stimmte einer größeren Anzahl **Etatsüberschreitungen** der Finanzperiode 1902/03 zu.

Nächste Sitzung: Mittwoch, vormittags 11 Uhr. Tagesordnung: Etat und Rechenschaftsbericht, 2 Dekrete.

* * *

zw. Die **Zweite Kammer** nahm in ihrer gestrigen 85. öffentlichen Sitzung das **Dekret** über die Ueberlassung staatlicher Flächen an die Stadtgemeinde Dresden, den Verkauf und Ankauf von Straßenbahnanlagen in Dresden, sowie den Verkauf eisenbahnfiskalischen Areals in Dresden-Neustadt und die Auslegung des § 18 des Gesetzes über den Staatshaushalt vom 1. Juli 1904 für Veräußerungen im Bereiche der Staatseisenbahnverwaltung gegen 4 Stimmen an, bewilligte dann in Schlußberatung über Titel 4 des **außerordentlichen Etats**, die Mittel zur Umgestaltung der Verkehrsstellen Deuben und Halsberg, sowie viergleisigen Ausbau zwischen Potschappel und Station 116 DW, ferner die Mittel zur Erledigung von Allgemeinen Regierungs- und Verwaltungsangelegenheiten. Zu dem das Meteorologische Institut betr. Etatskapitel beantragte die Finanzdeputation A die Bewilligung von 50575 Mk. nach Abstrich von 1500 Mk. Nach kurzer Debatte wurden die Mittel einstimmig bewilligt.

Schließlich stand noch auf der Tagesordnung der **Etat der Landesanstalten.**

Bär (freis. Vp.) vertrat die Wünsche des Pflegepersonals um Aufbesserung ihres Einkommens und forderte Einschränkung der Gefangenenarbeit, die von Gewerbetreibenden und Handwerkern als Konkurrenz bitter empfunden werde.

Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. **Apelt** sagte die Erfüllung der Hauptwünsche des Pflegepersonals zu und teilte mit, daß die Regierung auch den Wünschen der Handwerker bezüglich der Gefangenenarbeit Rechnung zu tragen sucht. Die vollständige Arbeitsabschaffung in den Gefangenenhäusern würde eine große Härte gegen die Gefangenen bedeuten und dem Staate einen jährlichen Ausfall von 900000 Mk. bringen. Die Landesanstalten arbeiteten lediglich für ihren eigenen Bedarf.

Hierauf nahm die Kammer den umfangreichen Etat der Landesanstalten an und überwies die **Petition** des Pflegepersonals der Staatsregierung zur Kenntnisnahme.

Nächste Sitzung: Mittwoch, vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: Etat und Petitionen.

* * *

h. **Plauen i. V.** Wie der „Vogtl. Anz." meldet, ist heute früh der konservative Landtagsabgeordnete **Bunde**, Rittergutsbesitzer auf Erlbach bei Markneukirchen, im 55. Lebensjahre nach schwerem Leiden **verschieden.** Bunde vertrat den 45. ländlichen Wahlkreis.

Oertliches und Sächsisches.

(Der Nachdruck unserer örtlichen Originalberichte ist nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Frankenberg, 28. März 1906.

†g. **Justizrat Reinholdt †.** Schnitter Tod hält eine reiche Ernte in unserer Gemeinde unter jenen Männern, welche durch ihr Wirken der Oeffentlichkeit und Allgemeinheit angehören! Schon wieder durcheilte heute früh die Trauerkunde unsere Stadt: Herr Justizrat Reinholdt ist gestorben — gestorben nach langen Leiden, die den greisen, im 71. Lebensjahre stehenden hochgeachteten Mitbürger die letzte Zeit seines Lebens schwer quälten. Am 15. Juli 1835 zu Leipzig geboren, kam der jetzt Verstorbene im Jahre 1859 als „Aktuar" (früherer Diensttitel für die dem Gerichtsamtmann untergestellten Juristen) an das hiesige kgl. Justizamt Frankenberg und verblieb in dieser amtlichen Stellung bis Ende Februar 1869. Unterm 1. März 1869 (dem Tage, an welchem Frankenberg an das Eisenbahnnetz angeschlossen wurde) eröffnete Herr Theodor Reinholdt nach dem Ausscheiden aus dem Staatsdienste hierselbst seine Expedition als Advokat und Notar und hat dies sein Lebenswerk bis zu seinem Tode mit größter Gewissenhaftigkeit und Peinlichkeit fortgeführt. Die Wertschätzung, deren sich Herr Rechtsanwalt Reinholdt durch seine strenge Rechtlichkeit und edle Gesinnungen allezeit erfreuen konnte, wurde Ursache, daß man ihn auch für die Werke der Oeffentlichkeit auserkor. So wurde Herr Reinholdt schon Ende 1869 als Stadtverordneter gewählt und am 11. Januar 1870 in dies Ehrenamt eingewiesen, das er bis Ende 1874 in dieser Eigenschaft bekleidete, um von Neujahr 1875 an bis jetzt ununterbrochen als Mitglied des Ratskollegiums zu wirken, als welches er insbesondere die Obhut über die städtische Sparkasse auszuüben hatte. In den Kirchenvorstand unserer Stadt wurde Herr Rechtsanwalt Reinholdt durch das Vertrauen der Wähler im Jahre 1875 berufen,

Das Majorat.

Roman von Ewald August König.

(67. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Notar Tellenbach stützt sich darauf, daß das Recht auf seiner Seite ist," sagte Hermann, „und scheinbar ist dies auch der Fall. Du bist interdiziert, der rechtmäßige Erbe sitzt im Gefängnis, und Baronesse Theodore ist noch minorenn. Gegen die Aufhebung der Interdiktion wird er protestieren, er wird behaupten, Du seiest von Deiner Geisteskrankheit noch immer nicht genesen."

„Die Aerzte werden diese Behauptung widerlegen!"

„Hm, damit ist's eine heikle Sache," fuhr der Advokat mit bedenklicher Miene fort. „Dein damaliger Hausarzt lebt noch, er und der Leiter der Irrenanstalt werden mit ihrem Gutachten auf der Seite des Gegners stehen; ob nun die Aerzte, die wir als Sachverständige vorladen, das Urteil ihrer Kollegen umstoßen, das ist eine schwer zu beantwortende Frage. Es wird ein langwieriger Prozeß werden, Adelgunde, die Aerzte werden erklären, daß sie Dich längere Zeit beobachten müssen, um ein sicheres Urteil fällen zu können, und während dieser Zeit wird Tellenbach sich die Zügel nicht entreißen lassen."

„Das sind trostlose Aussichten, wenn Dagoberts Unschuld nicht an den Tag kommt."

„Ich habe seine Verteidigung übernommen und werde noch vor Ablauf dieser Stunde mit dem Untersuchungsrichter reden."

„Sind Entdeckungen gemacht worden, die —"

„Ich weiß es nicht, Adelgunde, ich bringe Dir gegen Abend Nachricht. Wer wird die Anordnungen zur Beerdigung übernehmen?"

„Vielleicht Hauptmann Tellenbach, — er ist mit der Baronesse Theodore verlobt."

„Ah, — soweit sind die Dinge schon gediehen? Wirklich verlobt? Das wußte ich noch nicht! — Um so schlimmer für uns."

„Hauptmann Tellenbach hat in meiner Gegenwart seinem Vater erklärt, daß er auf das Majorat verzichte."

„Von dieser Erklärung wird der Notar wohl schwerlich Notiz nehmen," sagte Hermann kopfschüttelnd, „und von einer Verzichtleistung des Hauptmanns dürfte nach der Verurteilung Dagoberts auch keine Rede mehr sein. Wenn man ein solches Erbe mit einem einzigen Federzuge antreten kann, schlägt man es sicherlich nicht aus."

„Soweit sind wir ja noch nicht," erwiderte sie, ihm die Hand reichend. „Du kommst also am Abend heraus? Wann soll ich Dir den Wagen schicken?"

„Gegen fünf Uhr hoffe ich fertig zu sein, ich habe gerade heute noch soviel zu erledigen."

„Um fünf Uhr soll er hier sein, bringe gute Nachricht mit, Hermann! Ich fahre zum Rittmeister und nehme Deine Braut mit, vielleicht erzeigt er mir den Gefallen, die Anordnungen zur Beerdigung zu übernehmen, ich selbst kann mich nicht damit befassen."

Damit schied sie von dem Bruder. Es war Mittag, als sie die Wohnung des Rittmeisters erreichte, der alte Herr kehrte eben aus der Weinstube zurück. Er war augenblicklich bereit, die Sorge um das Begräbnis zu übernehmen, er wollte gleich nach Tisch damit beginnen und ebenfalls am Abend nach Eichenhorst kommen, um über die Einzelheiten mit ihr und Theodore zu beraten.

Ueber Dagobert wußte er ihr wenig Tröstliches zu berichten. Man sprach überall von dieser Angelegenheit, man schmückte sie mit Einzelheiten aus, von denen die Beteiligten selbst nichts wußten, und jedermann glaubte an die Schuld des Verhafteten.

Baronin Adelgunde berichtete ihm den Verdacht des Försters, er schüttelte ungläubig das graue Haupt, die Möglichkeit, daß dieser Verdacht begründet sein könne, wollte er allerdings gelten lassen, aber auch in seinen Augen sprachen doch die Beweise zu sehr für die Schuld Dagoberts.

Verstimmt darüber, daß auch ihr bester Freund ihren Sohn verurteilte, nahm Baronin Adelgunde von ihm Abschied, den Trost und die Ermutigung, die sie suchte, hatte sie nur bei Röschen gefunden, sie war die einzige gewesen, die unerschütterlich an die Unschuld Dagoberts glaubte, das sicherte ihr fortan einen Platz in dem Herzen der schwergeprüften Frau.

19. Kapitel.

Das Haupt stolz erhoben, stand Dagobert mit furchtlosem Blick vor dem Untersuchungsrichter.

„Sie haben gestern behauptet, Graf Stephan Morray könne bezeugen, daß Sie in seiner Gegenwart Ihre Büchse abgeschossen hätten," begann der Gerichtsrat, nachdem er seine Akten zurecht gelegt und eine Weile in ihnen geblättert hatte. „Sie behaupten ferner, auf dem Wege zur Stadt mit diesem Herrn zusammengetroffen zu sein, während der Verwundete in entgegengesetzter Richtung in der Gegend der sogenannten hohen Eiche aufgefunden wurde. Halten Sie diese Behauptung auch heute noch aufrecht?"

„Können Sie glauben, daß ich gestern eine Unwahrheit gesagt habe?" erwiderte Dagobert ruhig.

„Ich würde das begreiflich finden; gelänge dieser Alibibeweis Ihnen, so würde die Anklage gegen Sie unhaltbar sein."

„Sie ist es in der Tat, denn niemals habe ich daran gedacht, mich auf diesem Wege von meinem Vormund zu befreien!"

„Sie können nicht leugnen, daß Sie an demselben Nachmittag in Gegenwart mehrerer Zeugen die Büchse auf Ihren Vormund angeschlagen haben."

„Ich leugne das auch nicht, ich bedaure nur, daß ich mich im aufwallenden Zorn dazu hinreißen ließ."

„Wäre der Verwalter nicht dazwischengetreten, so hätten Sie schon in dem Augenblick den Schuß abgefeuert," sagte der Richter ernst.

„Es ist möglich," erwiderte Dagobert. „Ich war furchtbar gereizt, ich hatte die Berechtigung, gegen die Abholzung des Waldes zu protestieren; mir zum Trotz, unter meinen Augen wurde der erste Baum gefällt, mein Protest mit beleidigendem Hohn zurückgewiesen, mußte mich das nicht aufs äußerste reizen? Wenn in jenem Augenblick die unselige Tat geschehen wäre, so würden die Verhältnisse sie entschuldigt haben. Später, im Försterhause, wurde ich wieder ruhiger, ich bedauerte das Vorgefallene und beschloß, auf gerichtlichem Wege meine Rechte zu wahren. Jene Gegend, in der später der Verwundete aufgefunden wurde, habe ich nicht mehr berührt, ich schlug den Fußpfad zur Stadt ein, weil ich wußte, daß auf diesem Wege der Graf Morray mir begegnen mußte, den ich bitten wollte, auf die Einladung zum Souper vorläufig zu verzichten. Er gab mir den Rat, die Büchse abzuschießen, damit nicht ein Unglück entstehe, wenn ich meinem Onkel nochmals begegne. Ich habe im ersten Moment über diesen Rat gelacht, weil mir die Ursache nicht einleuchten wollte, aber ich befolgte ihn dennoch."

„Sie wollten zur Stadt, weshalb begleiteten Sie den Grafen nicht, der doch auch dahin zurückkehrte? Weshalb gingen Sie vorher nach Hause?"

„Weil ich zuvor daheim den Protest entwerfen wollte!"

„Sie taten das aber nicht!"

„Ich hatte keine Ruhe dazu."

„Hätten Sie das nicht schon im Walde, bei der Begegnung mit dem Grafen, wissen müssen?" fragte der Richter. „Dieser schleunige Ritt, der einer Flucht sehr ähnlich sah, mußte den Verdacht gegen Sie bestärken."

Dagobert zuckte mit den Achseln, ein geringschätzender Zug lag um seine Lippen.

(Fortsetzung folgt.)